

vorwärtsBERLIN

INFORMATIONEN DES SPD-LANDESVERBANDES BERLIN

Berlins Akzente fürs Programm

Auf der Klausurtagung des Landesvorstandes der Berliner SPD wurden zudem zahlreiche Anträge verabschiedet, die sich auf das Regierungsprogramm für die Bundestagswahl beziehen, das auf dem Parteitag am 25. Juni beschlossen werden wird. Grundlegend für die Berliner SPD waren Anträge der Kreisdelegiertenversammlung (KDV) Charlottenburg-Wilmersdorf und Steglitz-Zehlendorf. Zu den Forderungen gehören die Einführung einer BürgerInnenversicherung, die Stabilisierung des gesetzlichen Rentenniveaus oberhalb von 50 Prozent, die Abschaffung der Riester-Rente, die Schaffung von bundesweit 180.000 neuen Sozialwohnungen sowie ein Wahlrecht für die in Deutschland bereits länger lebenden Ausländer für Kommunal-, Landes- und Bundestagswahlen. Darüber hinaus wird die Bundes-SPD in dem Antrag dazu aufgefordert, nach der Wahl keinen Koalitionsvertrag zu unterschreiben, der eine Öffnung der „Ehe für alle“ nicht enthalte.

Mehr Qualität in Berufsbildung

Ebenfalls an den Bundesparteitag überwiesen wurde ein Antrag der Landesdelegiertenkonferenz (LDK) der Jusos zur Stärkung der Berufsausbildung. In dem Antrag wird gefordert, eine Reform des Berufsbildungsgesetzes in das Wahlprogramm aufzunehmen. Diese sollte u. a. bei konsekutiven Ausbildungsangeboten das Recht beinhalten, nach Abschluss des ersten Ausbildungsganges auch den weiterführenden Ausbildungsgang wahrnehmen zu können. Zudem sollte es klar definierte Standards für die Ausbildungsqualität geben sowie eine zeitgemäße Ausstattung der Ausbildungsbetriebe und Arbeitsmaterialien. Zwingend seien auch die Reduzierung der ausbildungsfremden Tätigkeiten sowie eine Ausbildungsplatzgarantie.

ALG II-Sanktionen abschaffen

Die Möglichkeit von Jobcentern, Empfängern von ALG II-Leistungen aufgrund von „sozialwidrigen Verhalten“ den Regelsatz zu kürzen oder bereits gezahltes Geld zurückzufordern, verstößt nach Ansicht eines Antrages der KDV Steglitz-Zehlendorf gegen „sozialstaatliche Grundsätze“ und fördere die weitere „Entsolidarisierung der Gesellschaft“. Die Sanktionen sollten deshalb abgeschafft werden. In der Begründung heißt es, das Konstrukt „sozialwidriges Verhalten“ bündele eine ganze Reihe an klassischen Stereotypen und brandmarke die Betroffenen.

8. Mai als Feiertag

Der Landesvorstand beschloss auch einen Antrag der KDV Marzahn-Hellersdorf, nach dem der 8. Mai in Deutschland als gesetzlicher Feiertag verankert werden sollte – zum Gedenken an die Befreiung vom Nationalsozialismus und das Ende des Zweiten Weltkrieges. ■ chb



Michael Müller verwies in seinem Eingangsstatement auf die Erfolge des rot-rot-grünen Senats im Bereich der inneren Sicherheit und Integration.

„EINE SEHR GUTE AUSGANGSLAGE“

Klausurtagung des SPD-Landesvorstandes

Der Landesvorstand der Berliner SPD hat auf seiner Klausurtagung am 11. März die Weichen für das Wahljahr 2017 gestellt. Unter anderem stimmte der Landesvorstand dem Haushaltsentwurf für das laufende Jahr zu.

Der SPD-Landesvorsitzende und Regierende Bürgermeister Michael Müller verwies in seinem Eingangsstatement auf die Erfolge des rot-rot-grünen Senats in den noch nicht einmal 100 Tagen seit Regierungsantritt. Müller nannte u.a. den von Finanzsenator Kollatz-Ahnen koordinierten Freizug der Turnhallen, die Doppelstreifen der Polizei mit der BVG und die geplante Kombi-Wache von Bundes- und Landespolizei und Ordnungsamt am Alexanderplatz.

Im Hinblick auf die bevorstehende Bundestagswahl sprach Müller „von einer sehr guten Ausgangslage“. Jetzt gehe es jedoch darum, den Schwung mit in die heiße Wahlkampfphase zu nehmen und dabei vor allem die vielen Neumitglieder schnell vor Ort einzubinden.

Eines der wichtigsten sozialpolitischen Themen im Wahlkampf wird das Thema Rente sein. Dazu stellte die Staatssekretärin im Bundesministerium für Arbeit und Soziales Yasmin Fahimi, das von

ihrem Haus erarbeitete Gesamtkonzept für eine zukunftsfeste Alterssicherung bis zum Jahr 2045 vor.

Das Konzept hat das Ziel, generationenübergreifend für verlässliche und faire Alterseinkommen zu sorgen. Eine doppelte Haltelinie soll zukünftig in der gesetzlichen Rentenversicherung das Rentenniveau sichern und den Beitragsatz begrenzen.

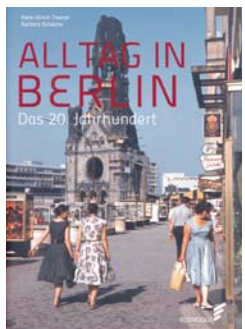
Die neue Solidarrente soll zukünftig sicherstellen, dass Menschen nach einem Leben voller Arbeit dennoch eine auskömmliche Rente erhalten. Für diese Menschen soll die gesetzliche Rente so erhöht werden, dass ein Alterseinkommen in Höhe von 10 Prozent über dem regional durchschnittlichen Bruttobedarf in der Grundsicherung erreicht wird.

Auch Selbstständige sollen zukünftig in die Rentenversicherung einbezogen werden, um ihnen so eine verlässliche Altersvorsorge zu ermöglichen. Dabei sollen die Rentenversicherungsbeiträge an die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit angepasst werden können.

Die – vor allem auch von der Berliner SPD – vielfach geforderte Angleichung der Renten in Ost und West soll bis zum Jahr 2025 abgeschlossen sein. ■ chb

BUCHTIPP

Fotoalben zeigen meist die besonderen Momente: Hochzeiten, Geburtstage, Urlaub. Dahinter verblasst der Alltag, das Gewöhnliche. Dabei erzählt der Alltag das eigentliche Leben. Das macht der Blick in den großformatigen Bildband „Alltag in Berlin“ (476 S., 1000 Abbildungen, ISBN 9783944594552, 49,95 €) deutlich, der im Elsengold-Verlag erschienen ist. Tausend Fotos aus hundert Jahren beschreiben die Veränderungen einer Metropole.



Ausgewählt und in Kapiteln übersichtlich geordnet, haben die Bilder der Historiker Hans-Ulrich Thamer und die ehemalige Leiterin der Fotosammlung des Berliner Landesarchivs, Barbara Schäche. Zwei Drittel des Bandes sind den Menschen der Stadt gewidmet, ihrer Arbeit, dem Wohnen, der Familie, den Schulen und der Kultur, ein Drittel zeigt Berlin als Hauptstadt der Deutschen mit all den politischen Kämpfen von der Kaiserzeit über die NS-Diktatur und den Wiederaufbau in zwei Teilstädten. Es lohnt sich, sich von den Geschichten der Bilder einfangen zu lassen, in ihnen nach Vertrautem und Fremdem zu suchen. Harte körperliche Arbeit ist zu sehen, Frauen in der Rüstungsindustrie des 1. Weltkriegs, Heimarbeit an der Nähmaschine in den dreißiger Jahren. Firmennamen, die längst verschwunden sind: AEG, Wittler-Brot, das Werk für Fernseh elektronik. Die Fotos erzählen von Zuzug und Integration, von Aufbau, Fortschritt und Irrtum, von der Auseinandersetzung der Systeme an der Grenzlinie zwischen Ost und West mitten in der Stadt. Eine spannende Zeitreise.

■ Ulrich Horb

70 JAHRE BILDUNG FÜR DEMOKRATIE

Zum Jubiläum des August Bebel Instituts (ABI)

Das August Bebel Institut feiert im Jahr 2017 den 70. Jahrestag seines Bestehens. Es wurde 1947, zwei Jahre nach dem Ende von Krieg und NS-Herrschaft gegründet, um durch ein grundlegendes Bildungsangebot die Demokratie zu stärken.

Am 25. März 1947 unterzeichneten Vertreter von vier sozialdemokratischen Verlagen die Stiftungsurkunde, mit der das August Bebel Institut gegründet wurde. Die Tageszeitungen „Der Telegraf“ und „Spandauer Volksblatt“, die SPD-Verlags GmbH und die Sozialistische Verlags GmbH sahen ihre Verantwortung über die Information der Bevölkerung hinaus in der Aufgabe, mit Bildungsarbeit die Demokratie zu fördern. Unter anderem Arno Scholz (Telegraf), Erich Lezinsky (Spandauer Volksblatt) und Otto Suhr (späterer Regierender Bürgermeister) stehen unter der Gründungsurkunde.

Namensgeber der neuen Einrichtung wurde August Bebel. Als Parteiführer der geeinten sozialistischen Arbeiterbewegung im Kaiserreich sollte er als Anknüpfungspunkt für eine stärker werdende Sozialdemokratie die Bedeutung der Bildung symbolisieren, aber auch den Willen der SPD, das Erbe Bebels nicht allein der SED zu überlassen. Mit dem Ziel der Demokratiebildung, Reeducation, aber auch des Einsatzes gegen den Kommunismus wurde die Institutsgründung auch aus den USA unterstützt.

Beginn im Haus der Wannseekonferenz

Noch im gleichen Jahr begann im ehemaligen „Haus der Wannseekonferenz“ ein umfangreicher Lehrbetrieb. Das Institut verstand sich zunächst als Parteischule der SPD. In teils Wochen- und Zweiwöchigen Kursen wurden bis 1952 über 3.000 TeilnehmerInnen geschult. Dann musste die Bildungsstätte am Wannsee aus finanziellen Gründen umziehen. Das ABI zog in die SPD-Landeszentrale in der Zietenstraße.

Langjähriger Leiter war von 1947 bis 1974 Eberhard Hesse. Im Widerstand gegen Hitler gehörte er der Gruppe Neu Beginnen an, die anfangs für die Einheit der Arbeiterbewegung eintrat, nach 1945 aber scharf antikommunistisch agierte. So begegnete auch das ABI, wie ein Großteil der Berliner Sozialdemokratie, der Außerparlamentarischen Opposition um 1968 mit Unverständnis.

Als 1988 der ehemalige Kreuzberger Volksbildungsstadtrat Reinhard Gericke das ABI übernahm, gewann es an hoher Bedeutung im Kontext des Mauerfalls und der deutschen Einheit 1989/90. Insbesondere Interessierte aus dem Ostteil



Sesede Terziyan und Daniel Kahn bei der Veranstaltung „Gedenken an August Bebel“ am 13. August 2013 (100. Todestag) auf dem Bebelplatz.

Berlins und dem Umland wollten sich über die für sie neuen politischen und wirtschaftlichen Strukturen informieren. Nach Gericke's Tod im Jahr 2000 wurde das Institut von Enrico Troebst weitergeführt, der den Ruf des Instituts als Ort für hochwertige zeitgeschichtliche und kommunalpolitische Bildung festigte.

Seit 2007 wird das ABI von Ingo Siebert geleitet, der Programm, Formate und Öffentlichkeitsarbeit grundlegend auf die Anforderungen einer Bildungseinrichtung in einer Einwanderungsstadt ausgerichtet und es für unterschiedlichste Milieus geöffnet hat.

In der aktuellen Programmgestaltung spielt die „Galerie des August Bebel Instituts“ eine wichtige Rolle. Jährlich werden vier KünstlerInnen bzw. Gruppen eingeladen, um ihre meist fotografischen Werke, die an politische Fragestellungen anknüpfen, zu präsentieren. Die aktuelle Ausstellung zeigt Fotografien verlassener Orte in Berlin, die in der wachsenden Stadt Berlin keine neue Funktion gefunden haben.

Wie methodisch an der Lebenswelt der TeilnehmerInnen angeknüpft werden kann, zeigt sich in den Jugendworkshops zur Revolution von 1848, die der Frage nachgehen: „Wofür würdest Du auf die Straße gehen?“ Auch die Seminare „Motiviert in die Politik einsteigen“ thematisieren die Beweggründe und ersten Erfahrungen der TeilnehmerInnen im politischen Raum, um dann Möglichkeiten aufzuzeigen, sich „gelingend“ an politischen Prozessen zu beteiligen.

Wofür würdest du auf die Straße gehen?

Die Bildungsangebote des ABI zielen – damals wie heute – auf ein Interesse an stadt- und kommunalpolitischen Entscheidungsprozessen und lädt heute Bür-

gerInnen zur Partizipation und zum Engagement ein, indem Strukturen transparent gemacht, Zusammenhänge zwischen den verschiedenen Politikebenen und Zivilgesellschaft aufgezeigt, Kompetenzen für das politische Ehrenamt vermittelt und kommunalpolitische Inhalte erörtert werden. Aufgrund der Krise auf dem Wohnungsmarkt sind z.B. Themen wie Wohnungsbaugenossenschaften, Gentrifizierung und Partizipation in der Stadtentwicklung sehr gefragt.

Die aktuelle Bildungsarbeit ist auch stark von den Fluchtbewegungen geprägt: Ursachen von Kriegen, Flucht und Vertreibung werden thematisiert. Die wichtigsten Themen unserer Zeit haben einen übernationalen Horizont. Gute Bildungsarbeit lebt vom Austausch von Menschen unterschiedlicher Herkunft. Sprachbarrieren sind zu überwinden und Dialoge in der Stadt für eine demokratische Stadtkultur zu initiieren.

Ebenso wichtig ist es, aus immer neuen Perspektiven die Geschichte der Arbeiterbewegung und der sozialen Bewegungen in Berlin zu diskutieren. Das ABI greift auch die Widersprüche und Verwerfungen der Geschichte auf, erinnert an gebrochene Biografien. So wird sich das ABI auch in Zukunft treu bleiben, wenn es den Anforderungen der Zeit entsprechend ein Ort politischer Diskussion und Förderung politischen Engagements sein wird.

■ Reinhard Wenzel

Terminhinweis: Am 15. Juni 2017 von 16 bis 21 Uhr veranstaltet das ABI in Kooperation mit der Friedrich-Ebert-Stiftung eine Tagung zur Zukunft der Politischen Bildung. Anmeldung unter anmeldung@august-bebel-institut.de gebeten.

Ort: FES, Hiroshimastr. 17, 10785 Berlin

GERECHTIGKEIT BEI BIG DATA

Forum Netzpolitik beschließt datenpolitische Grundsätze

Dank Smartphones, Laptops und Sensoren stehen wir derzeit auf der Schwelle von der Small Data in die Big Data Welt. Moderne und künftig absehbare Möglichkeiten zur Datengenerierung und -nutzung bergen noch immer ungeahnte Chancen für den gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Fortschritt. Zugleich bergen sie auch neue Risiken der Manipulation, der Diskriminierung und der Schaffung neuer sozialer Ungleichheit.

Das Thema Datenpolitik muss daher ins Zentrum unserer Politik stehen. Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität sind im digitalen Zeitalter genauso wichtig und aktuell wie im Industriezeitalter, aber die Themen, Herausforderungen und Antworten sind neu. Sie sind vielfältig und aufgrund des schnellen Wandels so schwer vorhersehbar, dass es wichtig ist, neue Regeln zu etablieren, die die wesentlichen Pflöcke frühzeitig einrammen. Im Forum Netzpolitik haben wir daher in den letzten Monaten datenpolitische Grundsätze erarbeitet.



Yannick Haan ist Sprecher des Forums Netzpolitik der Berliner SPD und Vorsitzender der Abteilung Alexanderplatz in Mitte. Die datenpolitische Grundsätze sind hier zu finden: spdnetz.de/wp-content/uploads/2017/03/Datenpolitik.pdf

Als ersten Grundsatz wollen wir die Nutzungshoheit über die Daten zurück-erlangen. Wir brauchen bei der Verarbeitung und Erhebung von Daten eine wirkliche Transparenz. Die Unternehmen müssen verpflichtet werden, den NutzerInnen darüber zu informieren, welche Daten erhoben werden und was sie

damit machen. Als zweiten Grundsatz wollen wir die Dezentralität von Daten fördern. Es gibt kein Zentrum im Internet, sondern nur Datenknoten, die miteinander verbunden sind. Diese Struktur müssen wir beibehalten. Apps und Produkte im selben Unternehmen dürfen keinen Datenaustausch betreiben.

Als dritten Grundsatz fordern wir die Beibehaltung unserer Solidarsysteme. Egal, welche Vorbedingungen jemand mitbringt, egal wie der eigene Lebenswandel aussieht, krankenversichert oder rentenversichert wird jeder. Dieses zentrale und solidarische Prinzip haben Datenbewertungen in den letzten Jahren unbemerkt aufgeweicht.

Als vierten Grundsatz gilt für uns, dass wir soziale Diskriminierung durch Algorithmen verhindern wollen. In Zukunft werden immer mehr Entscheidungen getroffen, die nicht nur auf digital erhobene Daten, sondern auf Algorithmen basieren. Wir brauchen eine hohe Transparenz bei Vorhersagen: Auf welchen Annahmen beruhen diese und welche Daten wurden hierzu benutzt. Es ist für uns zentral, dass Datenbewertungen nicht in eine neue diskriminierende Bewertungsgesellschaft führen.

■ **Yannick Haan**

VORWÄRTS
PERSÖNLICH

Das sind die Berliner Direktkandidatinnen und Kandidaten für die Bundestagswahl:



Mitte:
Dr. Eva Högl



Friedrichshain-Kreuzberg:
Cansel Kiziltepe



Pankow:
Klaus Mindrup



Charlottenburg-Wilmersdorf:
Tim Renner



Spandau:
Swen Schulz



Steglitz-Zehlendorf: Dr. Ute Finckh-Krämer



Neukölln:
Dr. Fritz Felgentreu



Treptow-Köpenick:
Matthias Schmidt



Marzahn-Hellersdorf:
Dmitri Geidel



Reinickendorf:
Thorsten Karge

In Tempelhof-Schöneberg ging **Mechthild Rawert** mit 51,2 % als Siegerin aus der Mitgliederbefragung hervor und kandidiert damit auf der Wahlkreis-Konferenz am 1. April. In Lichtenberg treten auf der Wahlkreis-Konferenz am 25. März **Kevin Hönicke**, **Andreas Köhler** und **Alexander Woskanjan** gegeneinander an. (Redaktionsschluss: 23.3.)

IMPRESSUM

Herausgeber:
SPD-Landesverband
Berlin

Redaktion:
Christina Bauermeister
(V.i.S.d.P.)

Anschrift:
Müllerstr. 163
13353 Berlin
Tel.: 030-4692150
Fax: 030-4692240

Mail: vorwaerts@
spd-berlin.de

„NEUE MUTMACHER“

Neumitgliedertreffen der SPD Berlin mit Martin Schulz

Um den frisch gebackenen SPD-Vorsitzenden Martin Schulz gruppierten sich am 22. März im knallvollen Festsaal Kreuzberg in Berlin-Treptow einige ganz besondere Gäste. Von starkem Applaus begleitet übergab der Kanzlerkandidat dem jüngsten Neumitglied in der Berliner SPD, Nelson Ramadés Strube (14), und dem ältesten Neugeborenen Peter Ahl (87) frische Parteibücher mit seiner Unterschrift. Ähnlich gefeiert wurde auch das 18000. Berliner Parteimitglied Ragna Wolf und die jüngste Juso-Unterstützerin Malin Rackles.

Ihnen und allen Neumitgliedern rief der SPD-Landesvorsitzende und Regierende Bürgermeister Michael Müller

voller Stolz zu: „Ihr seid für uns die Mutmacher in der SPD!“ Unten tobte der Saal, und es gab begeisterten Beifall – aber auch ein Feuerwerk an Ideen für den Wahlkampf und die Regierungszeit danach. Die Neumitglieder wurden gebeten, ihre Anregungen auf große Papptafeln zu schreiben. Bildung und Innovation waren darauf häufig zu lesen.

Martin Schulz brachte die kreative Vielfalt der Gäste auf den programmatischen Punkt seiner Kanzlerkandidatur: „Soziale Gerechtigkeit und Chancengleichheit“. Diese Errungenschaften gelte es auszubauen und gegen ihre Feinde kraftvoll zu verteidigen, die seit eh und je rechts stehen. ■ **usd**



Rund die Hälfte der 1.200 Mitglieder, die seit der Nominierung von Martin Schulz in die Berliner SPD eingetreten sind, folgten der Einladung in den Festsaal Kreuzberg.

NEOLIBERALE FOLGEN

Diskussion zu Frauen und Rechtspopulismus

S tuhl um Stuhl trugen die Besucherinnen und Besucher in den Saal, um noch einen Platz an den Seiten zu bekommen – so groß war der Andrang an diesem Abend im barocken Hörsaal der Stadtteilbibliothek in Mitte.

Die zweite Veranstaltung der Themenreihe „Frauen. Macht. Vielfalt!“ der AG Migration und Vielfalt Berlin widmete sich dem Komplex „Frauen und Rechtspopulismus“. Die AG kooperierte hierfür mit dem kulturpolitischen Verein ADEFRA – Schwarze Frauen in Deutschland und den Jusos Berlin. Mit Prof. Dr. Gesine Schwan, Prof. Dr. Maisha Auma und Dr. Franziska Drohsel war das Podium hochkarätig besetzt. Durch den Abend führte Daniela Kaya, Landesvorsitzende der AG Migration und Vielfalt.

So komplex die Thematik ist, so vielschichtig fielen die Erklärungsansätze der

Expertinnen für die Ursachen des Rechtspopulismus und die Rolle von Sexismus und Rassismus darin aus.

So verwies Gesine Schwan auf die Folgen einer neoliberalen Politik, die sich in Form von Prekarisierung, Angst vor Abstieg und Statusverlust, bis hinein in die gesellschaftliche Mitte gefressen habe. Die Selbstaufwertung und die Abwertung des „Fremden“ oder des vermeintlich „schwachen“ Geschlechts sei da nur noch ein kleiner Schritt.

Franziska Drohsel hob insbesondere die Alternativlosigkeit dieser neoliberalen Politik hervor, an der sich auch die Sozialdemokratie beteiligte. Das Mantra prägte bis heute. Maisha Auma zeigte immer wieder die Vielschichtigkeit von Benachteiligungsmerkmalen auf und warb für aktivistische Interventionen. ■ **DK**

Velter führt
Bundes-ASG

Die ASG-Bundeskonferenz hat den Berliner ASG-Landesvorsitzenden Boris Velter mit großer Mehrheit für die nächsten zwei Jahre zu ihrem neuen Vorsitzenden gewählt. Mit ihrem neuen Bundesvorsitzenden will die ASG zum Impulsgeber in der Gesundheitspolitik werden.

Das wichtigste Ziel der kommenden Jahre ist für Velter eine sozial ausgerichtete Gesundheitspolitik. „Wir können es nicht hinnehmen, dass die Lebenserwartung der Menschen in Deutschland vom Einkommen abhängt“, so Velter. Wichtigster Risikofaktor für Krankheit, Leiden und vorzeitigen Tod sei noch immer Armut. Gleichzeitig seien weder die Strukturen noch die Akteure des Gesundheitswesens auf die Bedarfe sozial benachteiligter Menschen ausgerichtet. Wer die Gesundheit wirtschaftlich Benachteiligter verbessern wolle, der müsse die soziale und wirtschaftliche Ungleichheit abbauen: Verbesserte Lebens- und Arbeitsbedingungen müssten das Ziel auf allen Feldern der Wirtschafts-, Sozial-, Beschäftigungs-, der Einkommens- und der Steuerpolitik sein.



Zur Wahl Velters erklärte der Landesvorsitzende der Berliner SPD, Michael Müller: „Im Namen der Berliner SPD gratuliere ich Boris Velter herzlich zu seinem neuen Amt und der ASG zu ihrem neuen Vorsitzenden. Mit Boris Velter hat die ASG einen Sozialdemokraten an ihre Spitze gewählt, der sich mit Herzblut, großem Sachverstand und beruflicher Erfahrung im Sozial- und Gesundheitsbereich für eine gerechte Gesundheitsversorgung einsetzt und deutlich macht: Gesundheit und Pflege sind Themen, die jeden von uns angehen. Nach wie vor ist Armut wichtigster Risikofaktor für Krankheit und Tod. Das darf nicht sein. Im Koalitionsvertrag haben wir deshalb unter seiner Mitarbeit wichtige Schritte für mehr Prävention und eine bessere Versorgung in allen Teilen der Stadt beschlossen. Es ist gut, dass sich Boris Velter nun auch auf Bundesebene verstärkt für einen höheren Stellenwert sozialer Gesundheitspolitik einsetzen wird.“ ■ **PM**